

STELLUNGNAHME zum gemeinsamen Änderungsantrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion SPD-Gemeinderatsfraktion KAL-Gemeinderatsfraktion Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos Die Linke) Stadtrat Jürgen Wenzel (FW)	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	58. Plenarsitzung Gemeinderat 18.02.2014 2014/0413 13 öffentlich Dez. 6
Fortschreibung des Flächennutzungsplans - Schwerpunkt Gewerbe, Stadt Karlsruhe		

- Kurzfassung -

s. Rückseite

Finanzielle Auswirkungen des Antrages nein ☒ ja ☐			
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel (bitte auswählen) Kontierungsobjekt: (bitte auswählen) Ergänzende Erläuterungen: Kontenart:			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein ☐ ja ☒	Handlungsfeld: Wirtschaft und Arbeit	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein ☒ ja ☐	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein ☒ ja ☐	abgestimmt mit	

1. **Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass folgende Flächen als Prüfflächen für Gewerbe bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplans nicht weiter verfolgt werden:**
Elfmorgenbruch, Nord
Untere Hub, Nord
Büchenauwiesen
Herdwegwiesen
2. **Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass folgende Flächen als Prüfflächen für Gewerbe wieder in die Suchkulisse mit aufgenommen werden:**
Gleisbahnhof, Süd
Güterbahngleis Fautenbruchstraße
3. **Aus Punkt 1 der Verwaltungsvorlage wird der letzte Satz „Dadurch entsteht für die Stadt Karlsruhe im nächsten Schritt die Notwendigkeit, für bis zu 34,8 ha Varianten darzustellen und diese vertiefend zu untersuchen.“ gestrichen.**

Um bei der anstehenden Fortschreibung des Flächennutzungsplans zum Schwerpunkt Gewerbe für die Stadt Karlsruhe eine gute Basis für Verhandlungen mit den Mitgliedsgemeinden zu wahren, empfiehlt die Verwaltung dem Antrag nicht zu folgen und die Prüfflächen Elfmorgenbruch-Nord, Untere Hub-Nord, Büchenauwiesen und Herdwegwiesen im weiteren FNP-Verfahren in der sog. „Vertiefungskulisse“ für die Alternativenprüfung zu belassen. Dies bedeutet nicht, dass diese vier Flächen damit automatisch in den FNP aufgenommen werden, sondern dass die Stadt Karlsruhe im Verfahren weiterhin handlungsfähig bleibt. Würde dem Antrag gefolgt, entstünde für den nächsten Schritt bereits ein Flächendefizit von 11,4 ha für die Stadt.

Die Prüfflächen Gleisbahnhof-Süd und Güterbahngelände Fautenbruchstraße werden noch auf längere Zeit zu Bahnzwecken benötigt und stellen derzeit keine Entwicklungsoptionen dar, weshalb hier auf eine weitere Prüfung verzichtet werden kann.